Aufrüstung, Aufrüstung und nochmal Aufrüstung: Das bedeutet Umsatz und Gewinn – für die Rüstungsindustrie. Gerade hat das Friedensforschungsinstitut SIPRI Zahlen veröffentlicht, die tief blicken lassen. Demnach erreichten die 100 größten Waffenproduzenten 2024 einen Umsatz, der so groß ist wie noch nie zuvor. Rund 600 Milliarden Euro. Die veröffentlichten Zahlen können auch als Indikator für eine Politik verstanden werden, der der Krieg wichtiger als der Frieden ist. Ohne die für die Rüstungsindustrie wegweisenden politischen Entscheidungen wären solche Umsätze nicht möglich. Das Kriegsgeschäft gedeiht – weil die Politik es will. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251201_Die_Geschaefte_der_Ruestungsindustrie_gehen_durch_die_Decke_weil_Politiker_mehr_auf_Krieg_denn_auf_Frieden_setzen_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Zerstörung, Leid, Tod: Die Rüstungsindustrie erlebt goldene Zeiten. Wenn 100 der größten Rüstungshersteller weltweit ihre Umsätze auf den höchsten je gemessenen Wert steigern, ist etwas faul in der Politik. Rekordumsatzzahlen der großen Waffenschmieden ergeben sich nicht einfach so. Sie sind das Ergebnis von Politik. Spannungen zwischen Staaten und Kriege zwischen Ländern entstehen aus politischen Gründen. Wenn die Politik unfähig zum Frieden ist oder sie – aus welchen Gründen auch immer – einen Krieg will, profitieren davon die Rüstungskonzerne. Aktuell von dem Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte Zahlen zum Umsatz in der Rüstungsindustrie können als Indikator für eine Politik betrachtet werden, die lieber auf Krieg als auf Frieden setzt. Ohne die katastrophalen politischen Entscheidungen in den vergangenen Jahren wären die veröffentlichten Umsatzzahlen nicht möglich.

Der Verkauf von Rüstungsgütern und Militärdienstleistungen bescherte den 100 größten Waffenproduzenten Gesamteinnahmen von 586 Milliarden Euro. Was könnte mit diesem Geld alles an Projekten aufgebaut werden, die einen echten Mehrwert für Menschen und Bürger hätten! Das Geschäft mit dem Krieg ist von vorn bis hinten destruktiv. Es kostet Staaten – und damit den steuerzahlenden Bürgern – ein Vermögen und hinterlässt eine Schneise der Verwüstung. Aber, und das ist die andere Seite der Medaille: Ein paar Wenige verdienen daran ein Vermögen – und die

Politik kann mit den „Leistungen“ der Rüstungsindustrie verachtenswerte politische Ziele durchsetzen, die sie mit friedlichen Mitteln nicht erreichen kann. Die Destabilisierung von Ländern, das Schüren von Unruhen zwischen Volksgruppen, der Raub von Land, Bodenschätzen und die Besetzung geostrategischer Positionen, offene oder verdeckte Stellvertreterkriege: Für all das bedarf es Waffen! Und mit genügend Waffen, mit Gewalt und dem Anschub der Rüstungshersteller ist vieles möglich. Die Rüstungsindustrie war schon immer die Speerspitze einer Politik, die mit Gewalt zuschlagen will.

Die Umsatzsteigerung in der Waffenbranche liegt laut dem in Schweden beheimateten Institut SIPRI bei 5,9 Prozent. Allein US-Rüstungshersteller verzeichneten ein Umsatzplus von 3,8 Prozent und erreichen einen Umsatz von 287 Milliarden Euro. Auch und besonders in Europa knallen bei den Rüstungsherstellern die Champagnerkorken. Zusammen erzielten die großen Konzerne ein Umsatzplus von 13 Prozent. SIPRI führt vier deutsche Waffenschmieden an: Diehl, Hensoldt, Thyssenkrupp und auf Platz 20: Rheinmetall. Die Konzerne haben, wie der *Spiegel* zusammenfasst, „sogar einen Umsatzsprung um satte 36 Prozent“ verzeichnet.

Die Situation in Gaza, der Krieg in der Ukraine, aber auch viele andere Konflikte und Kriege auf der ganzen Welt: Wo Politiker ernsthaft Frieden finden wollen, wo mit Nachdruck auch verfahrenen Situationen mit ernster und aufrichtiger Diplomatie begegnet wird, verlieren Kriege ganz schnell jenen Zündstoff, der ihr Feuer am Brennen hält. Dass die Politik gerne einen Krieg beenden möchte, aber doch nicht kann, weil der Gegner so böse ist, gehört mit zu den verlogenen politischen Standarderzählungen, die Bürger in vielen Ländern jeden Tag zu hören bekommen. Wenn Politik will, kann sie auch – das sollte nicht vergessen werden.

Titelbild: © SIPRI